



Vereinbarung über den Verzicht auf das Unterschriftserfordernis nach §9 StBVV



Einschließlich: Auftrag zur elektronischen Übermittlung von Honorarrechnungen per PDF als E-Mail und ggfls. Bereitstellung im Portal DATEV-Unternehmen-Online

Hiermit verzichte ich/verzichten wir im Namen der

Gesellschaft/Unternehmen

gegenüber der Kanzlei

Kodi GmbH Steuerberatungsgesellschaft
Steuerberaterin Cornelia Knöller-Wolff
Heerstraße 24-26
14052 Berlin

auf das nachfolgend beschriebene Erfordernis der eigenhändigen Unterschrift der Steuerberaterin unter den Honorarabrechnungen.

Die Kodi GmbH Steuerberatungsgesellschaft wird Honorarrechnungen auf Wunsch des/der Mandant/in ab dem Zeitpunkt der Vereinbarung als E-Mail-Anhang per E-Mail unverschlüsselt in folgender Form übermitteln:

**digitale Rechnung im
PDF-Format**

zusätzlich als PDF-Kopie in das Portal DATEV-
Unternehmen-Online

an die E-Mail-Adresse:

E-Mail-Adresse
(bitte gut lesbar in Druckbuchstaben eintragen)

Der/Die Mandant/in verzichtet auf das Schriftform- und Unterschriftserfordernis der § 9 Abs. 1 Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV) und auf etwaige damit verbundene Einreden.

Auf schriftliche Anforderung übermittelt die Steuerberaterin dem Mandanten/der Mandantin eine von ihr unterzeichnete Honorarrechnung in Papierform. Auf die Wirksamkeit und Fälligkeit der Abrechnung hat diese Anforderung keine aufschiebende Wirkung.

Die Steuerberaterin stellt sicher, dass sie jede einzelne Honorarrechnung vor Versand geprüft und freigegeben hat und archiviert die Rechnungen in einer elektronischen Dokumentenakte.

Der/Die Mandant/in willigt ein, dass die Rechnungen mit deren Versand per E-Mail zugegangen und fällig sind.

Dem Mandanten/Der Mandantin ist bekannt, dass für den Zweck der etwaigen Vorsteuerabzugsberechtigung die erhaltenen E-Mails nebst Rechnungsanhängen während der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen unverändert und lesbar zu archivieren und Vorkehrungen und technische Hilfsmittel zur jederzeitigen Lesbar-Machung vorzuhalten sind.

Datum

Unterschrift Vertragspartner

Weiterhin stimmt der/die Mandant/in der Zusendung des eingegangenen Schriftverkehrs **ausschließlich per Mail** zu. Der/Die Mandant/in willigt ein, dass die Dokumente mit deren Versand per E-Mail zugegangen und ggfls. fällig sind:

an die E-Mail-Adresse:
(falls von oben abweichend)

E-Mail-Adresse
(bitte gut lesbar in Druckbuchstaben eintragen)

Datenschutzhinweise für Mandanten

Verantwortliche/r im Sinne des Datenschutzrechts ist:

Kodi GmbH Steuerberatungsgesellschaft
Heerstraße 24-26, 14052 Berlin
info@stb-kodi.de; Tel. +49 3085629540

Kontaktadressen des/der Datenschutzbeauftragten:

Werner Fiedler GFAD Datenschutz GmbH
Huttenstraße 33/34, 10553 Berlin,
werner.fiedler@gfad.de, Tel.: 030/2691111, Fax: 030/26911199

Der Datenschutzbeauftragte der Kanzlei ist unter der vorstehenden Kanzleianschrift und unter datenschutz@gfad.de erreichbar.

1. Wir verarbeiten die folgenden personenbezogenen Daten:
Vor- und Nachname, Anrede, ggf. Titel; Postanschrift/en; Telefonnummer/n; ggf. Telefaxnummer/n; E-Mail-Adresse/n; für die angemessene Mandatsausführung benötigte Informationen. Diese Daten werden bei Abschluss des Mandantenvertrages direkt bei Ihnen erhoben. Darüber hinaus verarbeiten wir ggf. personenbezogene Daten aus öffentlichen Verzeichnissen, wie z.B. Internet, Melderegister, Handelsregister etc.
2. Wir verarbeiten personenbezogene Daten zu Zwecken der
 - Ausführung und Abwicklung des Mandatsverhältnisses einschließlich der Korrespondenz
 - Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten als Steuerberater und
 - Bearbeitung im Rahmen von gegenseitigen Ansprüchen aus dem Steuerberatungsvertrag (z. B. Rechnungsstellung, Leistungs-, Vergütungs- und Haftungsansprüche usw.).
3. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung in unserer Steuerberatungs-kanzlei sind
 - Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO zur Erfüllung des Mandatsvertrages,
 - Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten, denen wir als Steuerberater unterliegen,
 - Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO, soweit die Datenverarbeitung zur Wahrung von berechtigten Interessen von uns oder eines Dritten erforderlich ist; insbesondere liegt die kontinuierliche Geschäftsbeziehung zu unseren Mandanten in unserem berechtigten Interesse, Versendung von relevanten Informationen zum Mandantenverhältnis sowie Einladungen zu Informationsveranstaltungen, die von unserer Kanzlei durchgeführt werden, per E-Mail, Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen, Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs, Direktwerbung.
 - Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a DSGVO, soweit Sie uns Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke gegeben haben.
4. Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt, sofern es für Durchführung des Mandantenvertrages erforderlich ist. Wir geben personenbezogene Daten im Rahmen des Mandatsverhältnisses an folgende Empfänger weiter:
 - Finanzbehörden und Gerichte; Sozialversicherungsträger; Bundesanzeiger Verlag GmbH; Banken, Kreditinstitute, Versicherungen und Berufsgenossenschaften; Auftragsverarbeiter (z. B. Rechenzentren, IT-Dienstleister, Druckdienstleister, Entsorgungsfirmen etc.), deren Dienstleistungen wir nur nutzen, soweit diese als mitwirkende Person auf die Wahrung unserer Berufsgeheimnisse gem. § 203 Abs. 3 Strafgesetzbuch verpflichtet sind
 - je nach Auftrag an weitere Empfänger, die wir mit Ihnen abstimmen
5. Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung des Mandatsvertrages (z. B. Zahlungsaufträge) erforderlich oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben oder dies anderweitig gesetzlich zulässig ist. In diesem Fall ergreifen wir Maßnahmen, um den Schutz Ihrer Daten sicherzustellen, beispielsweise durch vertragliche Regelungen. Wir übermitteln ausschließlich an Empfänger, die den Schutz Ihrer Daten nach den Vorschriften der DSGVO für die Übermittlung an Drittländer (Art. 44 bis 49 DSGVO) sicherstellen.
6. Die personenbezogenen Daten werden bei uns für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gespeichert. In der Regel sind dies 10 Jahre zuzüglich einer Karenzzeit von weiteren 4 Jahren, um Fälle einer möglichen Ablaufhemmung zu erfassen. Nach Ablauf von 14 Jahren prüfen wir, ob Gründe für eine weitere Aufbewahrung vorliegen. Daten, die keiner gesetzlichen Aufbewahrungsfrist unterliegen, werden nach Zweckwegfall gelöscht.
7. Sie haben folgende Rechte als „betroffene Person“, deren Daten wir verarbeiten:
 - Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
 - Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO
 - Recht auf Löschung („Vergessen werden“) nach Art. 17 DSGVO
 - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
 - Recht auf Übertragung Ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format nach Art. 20 DSGVO

Soweit wir die Verarbeitung für bestimmte Zwecke Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage Ihrer Einwilligung durchführen, haben Sie nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Nach Erhalt Ihres Widerrufs werden wir die Datenverarbeitung für die Zwecke einstellen, für die Sie uns die Einwilligung erteilt haben. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung vor Erhalt Ihres Widerrufs bleibt unberührt.

Widerspruchsrecht: Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrung von berechtigten Interessen im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO verarbeiten, haben Sie nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, dieser Verarbeitung aus Gründen zu widersprechen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Gegen die Verarbeitung zu Zwecken der Direktwerbung können Sie gem. Art. 21 Abs.2 DSGVO jederzeit ohne Begründung widersprechen. Um Ihr Widerspruchsrecht auszuüben, genügt eine formlose Mitteilung an uns mit der Angabe, welcher Datenverarbeitung Sie widersprechen, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen.

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt, haben Sie das Recht zur Beschwerde nach Art. 77 Abs.1 DSGVO bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (in der Regel Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit). Die Beschwerde kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde eingelegt werden, die am Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthalts, Ihres Arbeitsplatzes oder des mutmaßlichen Verstoßes zuständig ist. Am Sitz unserer Kanzlei ist folgende Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zuständig: *Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit; Friedrichstr. 219; 10969 Berlin*

8. **Freiwilligkeit und Bereitstellungspflicht personenbezogener Daten**
Im Rahmen unserer Mandantenbeziehung müssen diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Aufnahme und Durchführung eines Mandantenvertrages und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten sind wir nicht in der Lage, einen Mandantenvertrag zu schließen oder diesen durchzuführen. Darüber hinaus können weitere Angaben freiwillig bereitgestellt werden.
9. **Automatisierte Entscheidungsfindungen, Durchführung eines Profilings**
Zur Begründung und Durchführung eines Mandantenverhältnisses nutzen wir grundsätzlich keine ausschließlich automatisierte Entscheidungsfindung im Sinne des Art. 22 DSGVO.
10. Diese Hinweise entsprechen dem Rechtsstand vom 25. Mai 2018. Wir behalten uns vor, unsere Datenschutzhinweise an Änderungen in Vorschriften oder der Rechtsprechung anzupassen.